

Das Auswärtige Amt auf dem Weg zu einer neuen Beratungskultur? Der Dialog zwischen externem Fachwissen und Politik im Feld der Außenpolitik¹

Christian Bürger

1 Aufriss

Ist die Politikberatung gerade in denjenigen politischen Feldern von entscheidender Bedeutung um zu informieren, zu rationalisieren und zu legitimieren, in denen vor einem kontingenten Wissenshintergrund unter hoher Unsicherheit entschieden werden muss, so erscheint Außenpolitik ein geradezu paradigmatischer Fall für Politikberatung zu sein. Wie Daniel Frei bereits 1980 (:443) angemerkt hat:

"Von allen Politikbereichen ist Außenpolitik stets der komplexeste: Nirgendwo sonst findet sich der Entscheidende einer so großen Zahl von Partnern, einer so großen Zahl möglicher künftiger Entwicklungen und einem so großen Maß an Ungewissheit und Unberechenbarkeit alles Künftigen gegenübergestellt wie hier. Und nirgendwo sonst fordert die Situation trotzdem häufig sofortige oder baldige Aktion oder Reaktion, ist der Zeitdruck so unausweichlich."

Vergleichbar der Technologie- und Forschungspolitik, die sonst den Mittelpunkt der Forschung über Politikberatung bildet, steht der außenpolitische Entscheidungsträger vor einem weiten Möglichkeitsraum. Zugleich wiegen jedoch die potentiellen Folgen und Risiken der Entscheidungen weitaus schwerer, betrifft Außenpolitik doch Entscheidungen des „Überlebens“, wie Fragen von Krieg und Frieden. Gerade vor diesem Hintergrund ist es, wie Wolf Dieter Eberwein und Karl Kaiser (1998: 12) anmerken, "erstaunlich, dass nur eine geringe Zahl von neueren Analysen vorliegt, die sich den Formen und Problemen außenpolitischer Beratung widmet".²

¹ Für wertvolle Hinweise und Anregungen danke ich Gunther Hellmann, Norman Domeier und Frank Gadinger.

² Auch Mols (1998: 254) bemängelt, dass „die Fachliteratur über Funktionen (außen-)politischer Beratung [...] nicht sehr umfangreich [ist], zudem aktualisierungs- und ergänzungsbedürftig“.

Dennoch muss sich die außenpolitische Forschung zu Fragen der Politikberatung nicht verstecken.³ Bleibt zwar die empirische Forschung zu außenpolitischen Beratungsprozessen, insbesondere in Deutschland, ein Desideratum, so sind gerade in jüngerer Zeit einige theoretische Analysen entstanden, die sich nicht scheuen, auch konkrete Vorschläge zur Umgestaltung von Beratung und politikrelevanter Wissensproduktion zu machen. Hintergrund der jüngeren Auseinandersetzungen ist zumeist der als defizitär wahrgenommene Wissenstransfer zwischen Forschung und Politik, sowie der zunehmende Qualitätsverlust der Arbeit außenpolitischer *Think Tanks* angesichts deren wachsenden Politisierung.⁴ Die Angemessenheit dieser Diagnosen steht im Folgenden jedoch nicht im Blickpunkt.

Dieser Beitrag versucht einen Ausschnitt zu zeigen, aus den Strukturen und Entwicklungen der Politikberatung im Feld der deutschen Außenpolitik. Neben der kurzen Diskussion der Spezifika außenpolitischer Beratung wird die institutionelle Struktur des deutschen außenpolitischen Beratungswesens am Beispiel der Beratung des Auswärtigen Amtes erörtert. Getragen wird diese Betrachtungsweise von der Annahme, dass die Ergiebigkeit der Zusammenarbeit von wissenschaftlicher und politischer Praxis durch institutionelle Gegebenheiten im weitesten Sinne bestimmt wird. Angesichts der Tatsache, dass sich die Anforderungen an die Außenpolitik Deutschlands und an das Auswärtige Amt deutlich gewandelt haben, werde ich zugleich die Frage verfolgen, inwieweit die Beratungsstrukturen auf diese veränderten Anforderungen reagiert haben, oder, anders formuliert, ob sich die Emergenz einer neuen Beratungskultur in der deutschen Außenpolitik abzeichnet.

Im ersten Abschnitt werde ich zunächst ein Grundverständnis von Politikberatungsprozessen aus Perspektive der Außenpolitikforschung vorstellen. Im zweiten Abschnitt werde ich auf einige Besonderheiten des Politikfelds Außenpolitik im Vergleich zu anderen Politikfeldern eingehen und dann die unterschiedlichen Beratungsinstitutionen des Auswärtigen Amtes mit Schwerpunkt auf die Ära Fischerdetaillierter

³ Ganz im Gegenteil standen Auseinandersetzungen mit Fragen der Praxisrelevanz, des Wissensaustauschs und der Rolle von Akademikern von Anfang an im Mittelpunkt der Disziplin Internationale Beziehungen, deren Subdisziplin die Außenpolitikanalyse ist.

⁴ Vgl. zu beiden Problemstellungen u.a. B. Jentlesson (2002); Leggold/Nincic (2000, 2001); Eriksson/Sundelius (2005).

präsentieren. Im letzten Abschnitt werde ich kurz die Frage aufgreifen, inwieweit sich am Beispiel des Auswärtigen Amtes von der Emergenz einer neuen Beratungskultur in der deutschen Außenpolitik sprechen lässt.

2 Außenpolitikforschung und Politikberatung

Unter Politikberatung verstehe ich zunächst die Integration externen Fachwissens (oder Expertenwissens) in die politische Entscheidungsvorbereitung und -findung. Der Begriff des Fachwissens unterstreicht, dass nicht allein Wissen aus „reiner“ wissenschaftlicher Wissensproduktion Gegenstand von Politikberatung ist. Vielmehr bringen in Politikberatungsprozessen Akteure aus sehr unterschiedlichen professionellen Kontexten und Wissenskulturen ihr Wissen ein.⁵ Grob unterteilt, lassen sich die folgenden Kategorien von Wissen in Beratungsprozessen differenzieren: 1) Erfahrungswissen, 2) anhand wissenschaftlicher Verfahren gehärtetes Erfahrungswissen und 3) wissenschaftlich zertifiziertes Wissen.⁶ Während Akteure wie z.B. Entwicklungshilfepraktiker oder Journalisten zu allererst Erfahrungswissen in Politikberatungsprozesse einbringen, liefern Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Unternehmensberatungen oder Think Tanks zu meist anhand wissenschaftlicher Verfahren gehärtetes Erfahrungswissen. Wissenschaftler hingegen bieten vorrangig Wissen, das über die in der jeweiligen Disziplin geltenden Verfahren ausgezeichnet (zertifiziert) wurde. Wissen stützt sich demnach auf sehr unterschiedliche Legitimationsquellen und es erscheint gerade von Interesse, welches und wessen Fachwissen in den politischen Prozess integriert wird. Diese Kategorien sind jedoch fließend und eher Idealtypen. So wird gerade im Fall von Wissenschaftlern, die sich in der Politikberatung engagieren, bemängelt, dass diese vielfach reines Erfahrungswissen unter dem Etikett des zertifizierten Wissens bereitstellen, ohne darauf hinzuweisen (D. Frei 1980; Zelikow 1994).

⁵ Vgl. zum Begriff der Wissenskulturen Knorr Cetina (1999). Für eine Diskussion unterschiedlicher Wissenskulturen im Feld der Außenpolitik siehe Bürger/Gadinger (2005).

⁶ Für diese Unterscheidung vgl. Bürger (2005). Unter „wissenschaftlich zertifiziertem Wissen“ ist dabei zu verstehen, dass dieses den Standards einer wissenschaftlichen Disziplin entsprechend produziert wurde und daher über eine gewisse Auszeichnung verfügt.

Politikberatungsprozesse im weiteren Sinne lassen sich im Anschluss an die Außenpolitikforschung auf zwei verschiedene Arten konzeptionalisieren. (1) Einerseits gestaltet externes Fachwissen den diskursiven Raum in dem Entscheidungen vorbereitet und gefällt werden. Über Publikationen, wie z.B. populärwissenschaftliche Fachbücher, Interviews in den Medien, Op-eds oder auch Beiträge in politikfeldspezifischen Zeitschriften, prägt Expertenwissen den „Raum des Vorstellbaren“ und damit die Optionen für Entscheidungen. Im Extremfall ist dieser Vorstellungsraum durch Expertenwissen der Art limitiert, dass Politik nur noch auf Sachzwänge reagieren kann. Dennoch erfüllt Expertenwissen stets eine Doppelfunktion: es schließt Mögliches aus und eröffnet neue Optionen. Im Rahmen dieser diskursiven Perspektive entfaltet Expertenwissen dergestalt Wirkung, dass durch Kategoriensysteme und Klassifikationen, Narrative und Metaphern ein Raum konstruiert wird, innerhalb dessen die Herausforderungen an Politik, die zu beteiligenden Akteure, der Zeitrahmen und andere Elemente eines Policyprozesses definiert und zueinander in Bezug gesetzt werden.⁷

(2) Andererseits lassen sich Politikberatungsprozesse auch auf einer reinen Akteursebene verorten. Aus dieser Perspektive nimmt Expertenwissen, zumeist vermittelt über persönliche Gespräche, Einfluss auf die Erwägungen und Beurteilungen von Entscheidungsträgern und -vorbereitern. Die Argumente von Experten werden in der individuellen Beurteilung der Situation und in der Abwägung von Alternativen berücksichtigt und Entscheidungen mit Verweis auf Expertenwissen in politischen Auseinandersetzungen legitimiert.⁸

Unterscheidet man, wie in der Politikberatungsdiskussion üblich (Weingart 2002: 142-144), zwischen einer Orientierungsfunktion und einer politisch-instrumentellen Funktion von Expertenwissen, dann nimmt die strukturelle, diskursive Perspektive primär die Orientierungsfunktion in den Blick, während eine akteursorientierte Perspektive eher auf instrumentelle, politische und legitimatorische Funktionen fokussiert.

Die außenpolitische Forschung hat sich in erster Linie auf eine Akteursebene konzentriert. Die Annahme, dass Außenpolitik nicht

⁷ Vgl. Gottweis (2003). Zu Narrativen im Speziellen siehe Viehöfer (2001), zur Bedeutung von Metaphern u.a. Bosch et al.(2001).

⁸ Siehe für diese Perspektive u.a. die Beiträge in Renshon/Larsson (2003).

allein Konsequenz der Logik des Internationalen Systems ist, sondern in erheblichem Umfang durch innenpolitische Determinanten mit bestimmt wird, bildet die Grundprämisse der außenpolitischen Forschung zur Politikberatung. Expertise ist somit eine der zentralen Ressourcen für Außenpolitik und die Frage wie Expertise für die Außenpolitik nutzbar gemacht wird und werden kann, eine Schlüsselfrage für gute und erfolgreiche Außenpolitik. Die Forschung der 1970er Jahre hat dabei im Zuge der „Planungswelle“ (vergleichbar zu anderen Politikfeldern) primär versucht, Entscheidungsinstrumente und Planungshilfen bereitzustellen, sowie Untersuchungen zum Ablauf und zur Informationsverarbeitung in außenpolitischen Entscheidungsprozessen angefertigt. Heute liegt eine Reihe von Studien vor, die insofern über diesen Ansatz hinaus gehen, als sie herausarbeiten, welches externe Fachwissen in der Außenpolitik benötigt wird und zeigen, welche Faktoren den gelungenen Einbezug von Fachwissen ausmachen.⁹

Insbesondere Alexander George hat in seiner erfahrungsgesättigten und einflussreichen Studie „Bridging the Gap“ (1993) gezeigt, wie Wissen zur politischen Problembearbeitung (jenseits von prozessorientierten Hilfestellungen und Darstellungen von Entscheidungsprozessen) beitragen kann. George erachtet drei Arten von wissenschaftlich zertifiziertem Wissen für wichtig: 1) abstrakte, konzeptionelle Strategie-Modelle, die über die Identifikation von Komponenten und grundsätzlichen Logiken als Grundlage zur Ausarbeitung von Strategien dienen können, 2) allgemeines historisch fundiertes Wissen, das Auskunft über die Ergebnisse früherer Strategien gibt, sowie 3) akteursspezifische Verhaltensmodelle, die Generalisierungen kontextspezifisch ergänzen können. Philip Zelikow (1994) hat jedoch zu Recht darauf verwiesen, dass hilfreiches Wissen nicht nur auf abstrakte Strategiefragen eingeschränkt bleiben muss. Vorstellbar und hilfreich sind für Zelikow ebenfalls grundsätzliche Erwägungen 1) zum zentralen Begriff des „Nationalen Interesses“ – was für Zelikow durchaus einschließt Hierarchisierungen vorzunehmen, 2) zu den Zielsetzungen von Außenpolitik, 3) zu den konkreten Designs von Strategien, sowie 4) deren Implementierung und Durchführung, als auch 5) zur Evaluation von Außenpolitik.

⁹ Vgl. dazu neben den im Folgenden diskutierten Studien, die in Fußnote vier genannten Arbeiten.

George und Zelikow verweisen neben anderen¹⁰ auf die Kommunikationshürden im Dialog zwischen Fachexperten und politischen Praktikern: Wechselseitige Rollenzuschreibungen, divergierende Zeithorizonte, verschiedene Sprachspiele, unterschiedliche Relevanzkriterien und Praktiken der Verifizierung von Wissen schränken die Möglichkeit des Dialogs ein und setzen damit auch enge Grenzen für die Integration von externem Fachwissen. Wolf-Dieter Eberwein und Barbara Hörsch (1995) haben jedoch darauf hingewiesen, dass diese Hürden durchaus überwindbar sind. Kooperation zwischen Experten und politischen Praktikern wird nach Eberwein und Hörsch durch die Institutionalisierung des Dialogs ermöglicht. Durch eine Institutionalisierung wird ein Vertrauensklima erzeugt, innerhalb dessen Vorurteile abgebaut werden können. Einerseits kann dem Vorurteil vieler Akademiker, die Politik wolle lediglich bereits getroffenen Entscheidungen über Expertise legitimieren, begegnet werden. Andererseits können auch Politiker dem Misstrauen entgehen, Experten betrieben nur weltfremde Glasperlenspiele oder wollten allein über Sachzwänge Spielräume einengen. In Anschluss an Eberwein und Hörsch lässt sich damit formulieren, dass die Wirksamkeit der Kontakte mit dem institutionalisierten Vertrauen zwischen Experten und Politikern steht und fällt. In diesem Sinne sind Institutionen in denen einerseits Vertrauen, andererseits ein klares Arrangement für die Zusammenarbeit hergestellt wird, entscheidend für die Ergiebigkeit des Dialogs zwischen Fachwissen und politischem Wissen. Forschung, die Institutionen und die in ihnen geltenden Arrangements in den Blick nimmt, gewinnt daher wichtige Schlussfolgerungen über Form und Effizienz der Kooperation zwischen Fachwissen und Politik. Diese Perspektive ist jedoch nur bedingt dazu in der Lage, Aussagen zu den Wirkungen von Fachwissen im politischen Prozess im Sinne der zwei vorgestellten Wirkungsweisen (der diskursiven und der akteursorientierten) zu geben. Aussagen über (Wechsel-)Wirkungen sind nur möglich, über eine Betrachtung eines gesamten politischen Prozesses sowie dessen zentraler Akteure, Inhalte, Praktiken und Metaphern. Dennoch ist die Analyse von Institutionen und Arrangements eine wichtige Vorstufe um letztendlich zu Aussagen über Wirkungen zu gelangen.

¹⁰ Siehe u.a. Kruzel (1994); Lepgold/Nincic (2001); Jentleson (1990); Jentleson/Bennett (2003).

Im Folgenden stehen daher weniger die Wirkungen von Expertenwissen in der Außenpolitik im Vordergrund, sondern Institutionen, die in der deutschen Außenpolitik als Ausdruck der Kooperation zwischen Experten und Politik entstanden sind. Exemplarisch werde ich die Institutionen und Kooperationsformen des Auswärtigen Amtes (im Folgenden AA genannt) darstellen und diskutieren.¹¹ Zunächst werde ich aber auf einige Grundspezifika des Beratungswesens in der Außenpolitik eingehen.

3 Kooperationen zwischen Fachexpertise und Politik in der deutschen Außenpolitik

Hat die These Berechtigung, nach der wachsende Komplexität zu einer gestiegenen Nachfrage nach Expertenwissen führt, so spricht einiges dafür, dass auch in der deutschen Außenpolitik von einer steigenden Nachfrage auszugehen ist: Nicht nur, dass die Weltpolitik zunehmend als komplexer und komplizierter wahrgenommen wird – nicht zuletzt aufgrund des Verlusts des Ordnungsmusters Bipolarität, auch die Aufgaben, die Deutschland in der Weltpolitik nach der Wiedervereinigung übernehmen will, z.B. im Bereich der Friedenssicherung, haben stetig zugenommen. Vergleicht man jedoch die deutsche Außenpolitik mit anderen politischen Feldern, so zeigt sich, dass Außenpolitik nicht von einer derartigen Vielzahl von Expertenkommissionen und Gremien geprägt ist, wie z.B. die Wirtschaftspolitik oder die Umweltpolitik. Bereits diese Beobachtung ist ein Indiz für Differenzen in der Beratungskultur der Außenpolitik zu anderen politischen Feldern. Weitere Beobachtungen stützen dies:

1) Während in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Wirtschaftswissenschaftler eine deutliche hegemoniale Stellung einnehmen, sind naturwissenschaftlich-technisch geprägte Politikfelder, wie die Umweltpolitik, eindeutig von naturwissenschaftlichen Disziplinen domi-

¹¹ Ausgeblendet bleiben damit Institutionen, die nicht mehr oder wenig eindeutig mit dem AA in Verbindung stehen, also Gremien und Kommissionen, in denen die Kooperation mit Parlament, Regierung oder andere Ministerien Priorität sind. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden diejenigen Institutionen, die eher angebotsorientiert funktionieren, also z.B. politiknahe Fachzeitschriften in denen Experten ihr Wissen zur Verfügung stellen (wie z.B. Internationale Politik, Blätter für deutsche und internationale Politik oder Weltrends) oder auch andere angebotsorientierte Institutionen wie Fachkongresse oder das jährlich erstellte Friedensgutachten der deutschen Friedensforschungsinstitute.

niert. Im Feld der Außenpolitik ist es jedoch keiner Disziplin eindeutig gelungen, ein Kompetenzmonopol zu etablieren. 2) Dies hängt zunächst damit zusammen, dass die Regierung selbst in hohem Umfang außenpolitischen Sachverstand produziert. Außenpolitik erscheint eher als ein Feld, das vom Fachwissen der regierungsamtlichen Wissenskulturen, wie der Diplomatie oder der Streitkräfte und Geheimdienste dominiert ist, denn von externem Fachwissen. 3) Zudem ist Außenpolitik gewissermaßen eines der ältesten Politikfelder. Gegenstände wie Krieg, Frieden und Sicherheit werden damit selten als „neuartig“ empfunden (wie etwa die Klimaerwärmung), sondern als ureigene und exklusive Domäne des Staatswesens begriffen. Außenpolitische Probleme werden damit tendenziell intern unter Rückgriff auf „eigene“, regierungsinterne Erfahrungen bearbeitet, so dass ein Rückgriff auf die „Ersatzerfahrungen“ der externen Experten unnötig erscheint. 4) Da viele (wenn nicht die meisten) außenpolitischen Sachverhalte Sicherheitsbedenken und der Geheimhaltung unterliegen, ist das Deutungsmonopol im Vergleich zu naturwissenschaftlichen Sachverhalten geradezu umgekehrt. Liegt das Monopol der Interpretation und Deutung von Phänomenen wie dem Treibhauseffekt eindeutig bei den Umweltwissenschaften, also außerhalb der Politik, so liegt es im Feld der Außenpolitik eher innerhalb der Politik. Dies bedeutet, Experten entweder unmittelbar in die Regierungsarbeit zu integrieren oder ihnen tendenziell den Status eines Zweit- oder Drittinterpreten zu überlassen.

Zusammengefasst ergibt sich, dass aufgrund einer fehlenden eindeutigen Kompetenz einer Disziplin sowie einer eher umgekehrten Deutungshoheit Politiker weit weniger dazu gezwungen sind „auf der Höhe des wissenschaftlichen Sachverstands“ zu regieren und auch der öffentliche Druck, sich über Expertenwissen zu legitimieren, weitaus geringer ausfällt. Politikberatungsprozesse in der Außenpolitik sind daher anders strukturiert und weit weniger sichtbar. Jedoch sprechen jüngere Entwicklungen der letzten Jahre, wie etwa die neue öffentliche Prominenz von „Terrorismusforschern“ und „Sicherheitsexperten“ oder der erhebliche Erfolg einiger politikwissenschaftlicher Konstrukte im außenpolitischen Diskurs, wie etwa die Metapher der „neuen Kriege“, des „Kampf der Kulturen“ oder der Idee der „Krisenprävention“, dafür, dass auch in die außenpolitischen Beratungsprozesse Bewegung kommt und diese sukzessive sichtbarer werden. Wie in der

folgenden Diskussion der Beratungsstrukturen des AA deutlich wird, ist diese Tendenz zur Öffnung der Beratung aber eher ambivalent zu sehen.

3.1 Das Auswärtige Amt

Ist Außenpolitik heute aufgrund der stetigen Vermischung von Innen- und Außenpolitik im Zuge von Globalisierung und Europäisierung¹² zwar zunehmend eine ressortübergreifende Aufgabe und verfügen daher fast alle Ministerien über außenpolitische Abteilungen (vgl. Eberlei/Weller 2002), so liegt der Kern der Koordinierung der Außenpolitik nach wie vor beim AA. Die Abteilungen des AA kümmern sich um alle Belange der 1) klassischen Diplomatie, 2) der Politik in internationalen Organisationen, 3) der Auswärtigen Kulturpolitik, 4) der bilateralen Beziehungen, als auch 5) um die Koordination der Krisenpräventions- und Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik.¹³ Obwohl das AA vielerorts als Hort des Traditionalismus gilt, so hat es sich, in der jüngeren Zeit durchaus als anpassungs- und wandlungsfähig erwiesen (vgl. Regelsberger 2002).

Zunächst unterstreicht auch die Organisationsstruktur des Ministeriums eine Differenz der Expertenkultur in der Außenpolitik zu anderen politischen Feldern. Während andere Ministerien mit einer spezialisierten Bürokratie arbeiten, sind die Mitarbeiter des AA Generalisten. Jenseits der politischen Führungsebene gilt das Prinzip der Rotation. Wer heute für die transatlantischen Beziehungen zuständig war, kann schon morgen die Zuständigkeit für einen Konflikt in Sub-Sahara-Afrika übernehmen. Mit dieser Rotation wird Beratung zwar unumgänglich, um Mitarbeiter auf den jeweiligen Sachstand zu bringen und um die Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten, der Aufbau von kontinuierlichen Arbeitskontakten zwischen Experten und Mitarbeitern wird aber deutlich erschwert. Die fachspezifische Ausbildung der Mitarbeiter erfolgt ministeriumsintern und nicht wie in anderen Ländern üblich an Universitäten oder eigens eingerichteten *Professional Schools*. Damit gibt es nur wenige Mitarbeiter die aufgrund ihres

¹² Siehe dazu den Beitrag von Klaus Segbers in diesem Band.

¹³ Zu ergänzen wäre noch die Betreuung deutscher Staatsangehöriger im Ausland sowie die Außenwirtschaftsförderung.

Ausbildungshintergrunds eine Mittlerfunktion zur Wissenschaft wahrnehmen können.¹⁴

Weder in der Außenpolitik im Allgemeinen, noch im AA im Speziellen existieren formale Prozeduren, wie Forschungsergebnisse bekannt gemacht werden. Außenpolitische Beobachter tendieren daher – nicht ganz zu unrecht – dazu, dem AA eine gewisse Beliebigkeit bei der Auswahl von Experten und bei der Aufarbeitung der externen Fachdiskussion zu unterstellen. So bemerkt z.B. Jürgen H. Schwarz (2000: 231) zur deutschen Außenpolitik: „Ob und wann der einzelne Experte zur Politikberatung eingeladen wird, hängt in Deutschland immer noch von allzu vielen Zufälligkeiten und subjektiven Faktoren ab.“

Formal lassen sich zunächst vier Kooperationsformen zwischen Fachwissen und AA unterscheiden: 1) die Adhoc-Beratung durch Einzelgespräche und *Roundtables*, die in erster Linie vom Planungsstab organisiert werden, 2) fachspezifische Arbeitskreise, die regelmäßig tagen, 3) der routinierte Dialog mit außenpolitischen Forschungsinstitutionen, sowie 4) die interne Organisationsberatung, die auf die Umstrukturierung und Rationalisierung der internen Prozeduren und Abläufe abzielt.¹⁵

3.2 Die Kooperationschnittstelle: Der Planungsstab

Der Dialog zwischen externem Fachwissen und den Fachbeamten wird im Auswärtigen Amt in erster Linie vom so genannten Planungsstab geleistet. Dieser initiiert nicht nur einen Großteil der Beratung, sondern koordiniert auch die Kooperationen. Der Planungsstab hat daher eine Dreifach-Funktion: 1) Er ist selbst das wichtigste interne Beratungsorgan. Über die Veranstaltungen, die er selbst organisiert und seine Steuerung der Kooperation zwischen anderen AA-Abteilungen, übernimmt er 2) die Funktion eines Filters von Expertise und ist 3) der zentrale Koordinationsmechanismus.

¹⁴ Auch hier zeichnet sich jedoch ein Wandel ab. Einerseits streben verstärkt Absolventen der Politikwissenschaft und Internationalen Beziehungen eine diplomatische Karriere an. Andererseits könnte die Einrichtung von *Professional Schools* mit politisch-praktischer Ausrichtung in Deutschland, wie z.B. die *Hertie School of Governance*, die Gesamtsituation deutlich verändern.

¹⁵ Dieser Aspekt wird hier nicht weiter verfolgt. Vgl. aber die Diskussion in Regelsberger (2002).

Der Planungsstab wurde 1963 unter Außenminister Gerhard Schröder als Arbeitseinheit im Leitungsbereich des Auswärtigen Amtes eingerichtet, ist damit ein Kind der Planungsdebatte der 1960er Jahre und einer der ersten Planungsgremien, die überhaupt in der Bundesregierung geschaffen wurde. Er wurde nach dem Vorbild vergleichbarer Einrichtungen in den USA und anderer westeuropäischer Länder geschaffen.¹⁶ Idee der Planungsstäbe war und ist es, ein internes Beratungsgremium zu schaffen, in dem erfahrene Diplomaten und externe Fachexperten gemeinsam und vom Tagesgeschäft entlastet arbeiten, um den Erfolg von Außenpolitik zu evaluieren, in mittel- und langfristigen Perspektiven zu denken und Szenarien zu entwickeln (vgl. dazu u.a. Bloomfield 1977, Jentlesson/Bennett 2003). Jedoch gibt bereits die amerikanische Debatte der 1960er und 1970er Jahre ein Bild davon, dass selbst in den USA der Einfluss und die Relevanz dieses Typus von Beratungsgremium als sehr gering beurteilt wurde (Brezinski 1969, Bloomfield 1977, 1978). So schlussfolgerte Bloomfield (1978:370):

“The history of official planning efforts both in the United States and in many other countries leaves one with nagging doubts about the possibility, even with the best will and brains, of fostering within *any* foreign ministry the ideal of policy planning to be found in textbooks, speeches by high officials, and State Departments directives.” (Hervorhebung im Original)

Kritischer Punkt der Tätigkeit von Planungsstäben ist die Frage, wie sie bei gleichzeitiger Wahrung von Distanz zum Alltagsgeschäft in die praktische Arbeit integriert werden, Gehör finden und an der Vorbereitung von Entscheidungen beteiligt werden. Gerade die deutsche Historie zeigt dabei, dass die Bedeutung des Planungsstabs in erster Linie vom Außenminister im Amt geprägt ist. Während der Planungsstab unter Außenminister Willy Brandt mit der Ausarbeitung der Ostpolitik unter Planungsstabsleiter Egon Bahr seine Blütezeit erlebte, war der Stellenwert dieser Einrichtung in den 1980er und 1990er Jahren eher marginal. Unter Hans Dietrich Genscher und Klaus Kinkel kaum genutzt, belebte Joschka Fischer das Gremium wieder, indem er

¹⁶ Fast alle westeuropäischen Länder gründeten zwischen 1960 und 1970 ein außenpolitisches Planungsgremium (Vgl. Bloomfield 1978: 379-83, sowie 373-379 für die Entwicklungsgeschichte der US Planungseinheit). Vorbild für Außenpolitische Planungsgremien war die Planungseinheit um George Kennan aus dem Jahre 1947, die eingerichtet wurde um eine Politik des Wiederaufbaus für Europa zu entwickeln

einige seiner engsten Freunde in das Gremium berief. Gerade die visionären Reden Fischers, wie die Humboldtrede zur Europapolitik, wurden wesentlich vom Planungsstab vorbereitet. Deutlich wird diese Abhängigkeit vom amtierenden Minister bereits in der formalen Aufgabenbeschreibung: Der Planungsstab „befasst sich mit der kurz- und mittelfristigen Planung in außenpolitisch relevanten Fragen und bereitet Themen auf, *die für die Arbeit des Ministers von Interesse sind*“ (AA 2005, Hervorhebung C.B.). Der Planungsstab erweist sich damit eher als ein flexibles Instrument der Außenpolitik, dessen Funktion von der jeweiligen politischen Konstellation abhängig ist und dementsprechend variiert.

Aktuell ist der Planungsstab mit 12 Mitarbeitern ausgestattet. Die Mitglieder sind zum einen Karrierediplomaten und zum anderen Mitarbeiter mit recht heterogenem Hintergrund, wie Stadtplaner oder freie Publizisten. Im Gegensatz zu vergleichbaren Einrichtungen anderer Ministerien stammt kein Mitarbeiter aus einem genuin akademischen Umfeld. Diese Einschränkung versucht der Planungsstab jedoch in den letzten Jahren durch Gastwissenschaftler und Hospitanten zu kompensieren. Die Koordination der Integration von Fachexpertise wird dabei in erster Linie vom so genannten Forschungskordinator geleistet.¹⁷

3.3 Adhoc-Beratung: Die Veranstaltungen des Planungsstabs

Zur Integration von externem Fachwissen führt der Planungsstab Adhoc organisierte Konsultationen sowie regelmäßig *Roundtables* und größere Veranstaltungen zu Einzelthemen durch. Diese Veranstaltungen stellen laut Leiter des Planungsstabs Achim Schmillen (2002: 107) eine „besonders ertragreiche Form der direkten Zusammenarbeit“ dar. Die Veranstaltungen der Adhoc-Beratung dienen wesentlich der Vertiefung von Einzelthemen, z.B. in der Vorbereitung von Konsultationen mit anderen Planungsstäben, sowie der Krisenreaktion.

¹⁷ Der Forschungskordinator vertritt darüber hinaus das AA im interministeriellen Ausschuss in dem die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Bundesregierung koordiniert werden und nimmt z.B. auch Stellung zum Orientierungsrahmen des zentralen Regierungs-*Think Tanks* der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Betrachtet man die zwischen 2001 und 2003 durchgeführten offiziellen Veranstaltungen – ein durchaus repräsentatives Set –, so zeigt sich, dass von insgesamt 28 Veranstaltungen sechs Konsultationen mit den Planungsstäben anderer Länder, elf Einzelgespräche und elf *Roundtables*, bzw. Gespräche mit mehreren Experten stattfanden. Die Themen variierten dabei. Ein recht eindeutiger Schwerpunkt lag jedoch auf Themen wie der Entwicklung der transatlantischen Beziehungen, der Europäischen Union und Problemkomplexen wie dem internationalen Terrorismus. Die eingeladenen Experten sind dabei universitäre Wissenschaftler und ehemalige oder aktive Politiker, wie z.B. der ehemalige Außenminister Hans Dietrich Genscher. Die Teilnehmer an den *Roundtables* und größeren Veranstaltungen geben ein etwas differenzierteres Bild der Teilnehmerstruktur. So waren 33 % der Teilnehmer Universitätsprofessoren, 29% Mitarbeiter von Think Tanks, 25 % Journalisten und 31% Politiker oder Ministerialbeamte.¹⁸ Hier zeichnet sich ein leichtes Übergewicht von Experten aus dem akademischen Sektor ab. Insgesamt lässt sich jedoch davon ausgehen, dass der Planungsstab in seinen Veranstaltungen relativ gleichgewichtig das Wissen von operativen Politikern und Akademikern abfragt. Vertreter die nicht klar dem akademischen oder politischen Sektor angehören, wie z.B. Akteure aus der Entwicklungshilfe, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen oder andere gesellschaftliche Repräsentanten, finden sich jedoch nicht unter den geladenen Experten.

3.4 Die Arbeitskreise

Neben den Adhoc durchgeführten Veranstaltungen des Planungsstabes, treffen sich die Mitarbeiter des AA mit Fachexperten im Rahmen von zahlreichen Arbeitskreisen und Beiräten. Diese, zum Teil seit Jahrzehnten mit denselben Fachexperten besetzten Gremien bilden den Kern der Kooperation zwischen AA und externen Experten. Die Gesamtkoordination wird ebenfalls vom Planungsstab geleistet. Derzeit existieren die folgenden Arbeitskreise:

¹⁸ Mehrfachnennungen möglich.

- Arbeitskreis Friedens- und Konfliktforschung
- Arbeitskreis „Dritte-Welt-Politik“
- Arbeitskreis für Ost-West-Fragen
- Beirat für zivile Krisenprävention,
- Europarechtswissenschaftlicher Beirat
- Forum globale Fragen
- Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe
- VN-Politischer Beirat
- Völkerrechtswissenschaftlicher Beirat

Die Arbeit dieser Gremien ist weitgehend intransparent.¹⁹ Zu beobachten ist jedoch, dass seit den 1990er Jahren stetig neue Gremien geschaffen werden. So wurde der „Arbeitskreis Friedens- und Konfliktforschung“ nach dem Regierungswechsel im Jahre 2000 wiederbelebt und tagt seitdem in regelmäßigen Abständen. Ziel des Arbeitskreises, der immerhin die zur Diskussion stehenden Themen veröffentlicht, ist es „die Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung verstärkt in die Arbeit des AA einfließen zu lassen“ (Kreft 2001:6). Neugeschaffene Gremien, wie z.B. der „Beirat für zivile Krisenprävention“ oder der „Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe“ zeigen die deutliche Intention neben wissenschaftlichem Wissen auch zunehmend das Wissen der Vertreter von Nichtregierungsorganisationen einzubinden. Am deutlichsten wird das neue Interesse auch Vertreter der Zivilgesellschaft in die Arbeit zu integrieren am Beispiel des „Forums Globale Fragen“. Dieser Gesprächskreis tagt nicht nur öffentlich, sondern ist zudem ein Versuch eine hohe Bandbreite von Fachexpertise einzubinden. Betrachtet man jedoch die Teilnehmerstruktur des „Forums Globale Fragen“, so zeigt sich, dass die eingeladenen Referenten zum Großteil Wissenschaftler sind und sich von einer gleichwertigen Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Wissensquellen kaum sprechen lässt. Dennoch stellt dieses Forum zumindest den Versuch dar, alternative Wege in der Beratung zu beschreiten.

¹⁹ Um zu Aussagen über Teilnehmerstruktur, Funktionalität und in den Gremien geltende Arrangements zu gelangen, wäre demnach eine detaillierte Befragung der Mitglieder notwendig, was den Rahmen dieses Beitrags eindeutig sprengt.

3.5 *Das AA im Netzwerk zwischen policyorientierter Forschung und Außenpolitik*

Das AA arbeitet zudem kontinuierlich mit zahlreichen Institutionen der politiknahen Forschung (Think Tanks) zusammen. Diese Institutionen bilden, wie es Roman Herzog (1996) formuliert hat „das Hinterland des Planungsstabs“. Aufschluss über die existierenden Kontakte gibt der Bundeshaushalt (Bundesregierung 2004, Einzelplan 05). Demnach arbeitet das AA mit den folgenden Institutionen zusammen und finanziert zum Teil deren Aktivitäten:

- Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZiF),
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP),
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN),
- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO),
- Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF),
- Deutsches Übersee-Institut (DÜI),
- Forschungszentrum für OSZE-Studien beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.
- Gesellschaft für Auslandskunde,
- Institut für Menschenrechte

Der Bundeshaushalt sieht dabei im Rahmen der Zusammenarbeit mit diesen Instituten nicht nur politikberatende Aufgaben vor, sondern diese Institutionen übernehmen im Auftrag des AA auch Aufgaben hinsichtlich der Verbesserung der öffentlichen Kenntnisse über Außenpolitik (Politikvermittlung), der Koordinierung mit anderen nationalen Forschungsinstitutionen als auch der Organisation von Foren zwischen Forschern und Politik, wie Konferenzen und Fachzeitschriften (DGAP). Deutlich wird hier, dass politikbezogene Forschung und Diplomatie eng miteinander verstrickt sind. Politikbezogene Forschung übernimmt Aufgaben im vordiplomatischen Raum: Einerseits dient politikbezogene Forschung der Kontaktaufnahme zu informellen Gesprächspartnern mit denen in einer anderen Sprache als der der Politik gesprochen werden kann (u.a. *track two* Diplomatie). Andererseits soll eine sichtbare öffentliche Fachdebatte zur Berechenbarkeit und Transparenz deutscher Politik aus ausländischer Sicht führen (Vgl. Becher 1998: 10).

Informelle Arbeitskontakte unterhält das AA darüber hinaus zu fast allen anderen Stiftungen und *Think Tanks*, die sich im Feld der

Außenpolitischen Forschung bewegen (z.B. der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) oder dem Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)) sowie den Forschungsabteilungen der politischen Stiftungen.²⁰ Eine herausragende Stellung nimmt dabei die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ein.²¹ Die SWP als zentralem Regierungs-*Think Tank* in Fragen der Weltpolitik wird zwar formal vom Bundeskanzleramt finanziert und berät in erster Linie das Parlament. Jedoch ist laut dem ehemaligen Forschungs koordinator Heinrich Kreft (2001:3, vgl. auch Schmillen 2002: 106) die Zusammenarbeit zwischen AA und SWP am engsten.

4 Von Schröder zu Fischer: Das Auswärtige Amt auf dem Weg zu einer neuen Beratungskultur?

Empirische Forschung über die Institutionen und die Wirkungen von Politikberatung in der Außenpolitik stellt nach wie vor ein Desideratum dar. Dieser Aufsatz hat versucht, einen kleinen Überblick über Themen, Strukturen und Fragen der Politikberatung in der Außenpolitik zu geben.

Am Beispiel der Auswärtigen Amts findet sich zunächst die These bestätigt, dass es in den letzten Jahren zu einer sukzessiven Ausweitung der Nachfrage nach Beratung gekommen ist. Dennoch ist dieser Trend nicht unmittelbar vergleichbar mit anderen Politikfeldern. Wie kurz gezeigt wurde, gibt es im Vergleich zur Wirtschafts- oder Umweltpolitik eine „umgekehrte Deutungshoheit“, Sicherheitsbedenken und damit einhergehend ein anderer Bedarf sich über Expertise zu legitimieren.

Die aufgeworfene Frage ob sich die Beratung nicht nur in Quantität, sondern auch in Qualität verändert hat, lässt nur ambivalente Antworten zu. Findet sich zwar Recht eindeutig ein „Mehr“ an Beratung, was sich u.a. an der Einrichtung neuer Arbeitskreise in den letzten Jahren zeigt, so ist es schwierig auf die Qualität zu schließen. Qualität von Beratung bedeutet letztendlich auch Beratung pluralistisch zu organisieren und nicht nur „bequeme“ bzw. politisch nahe stehende

²⁰ Vgl. für eine Übersicht die Homepage des AA sowie den Beitrag von Klaus Segbers in diesem Band.

²¹ Zur SWP vgl. die sehr detaillierte Studie von Sebastian Enskat (2005).

Experten anzuhören. Legt man dieses Kriterium an, so zeigt sich, dass es zumindest Indizien dafür gibt, dass das AA auch zunehmend den Kreis der Fachexperten öffnet und auch alternative Wissensquellen, wie das Wissen von Nichtregierungsorganisationen abfragt. Politikberatung in der Außenpolitik ist jedoch weiterhin weitgehend intransparent. Beratung findet hinter verschlossenen Türen statt. Initiativen wie das „Forum Globale Fragen“ signalisieren jedoch auch hier die zunehmende Bereitschaft auch Öffentlichkeit zuzulassen. Zeigen diese Indikatoren zwar einen gewissen Wandel der Beratung, so erscheint es verfrüht von der Emergenz einer neuen Beratungskultur zu sprechen. Eine neue Beratungskultur würde letztendlich auch bedeuten, sich mit Ideen auseinanderzusetzen, wie sie im Bereich der Technikpolitik zum Teil schon seit Jahrzehnten diskutiert werden, wie z.B. die Beteiligung von Bürgern über Partizipationsprogramme und Bürgerkonferenzen oder die feste Institutionalisierung eines pluralistisch organisierten Expertengremiums, wie dem Nationalen Ethikrat. Dennoch zeigen die Arbeitskreise des Auswärtigen Amtes zumindest den Willen, Politikberatung pluralistischer zu gestalten und neben der Wissenschaft und den Erfahrungsschätzen ehemaliger oder aktiver Politiker auch andere Wissensquellen anzuhören. Ob damit eine Trendwende eingeläutet ist auch im Hinblick auf die „Demokratisierung von Expertise“, wird die weitere Umstrukturierung des AA in den kommenden Jahren zeigen.

Literaturverzeichnis

- Bloomfield, Lincoln P. (1977): Policy Planning Redefined, in: *International Journal* 32, 813-828.
- Bloomfield, Lincoln P. (1978): Planning Foreign Policy: Can it Be Done?, in: *Political Science Quarterly* 93: 3, 369-391.
- Bosch, Aida/Kraetsch Clemens/Renn, Joachim (2001): Paradoxien des Wissenstransfers. Die ‚Neue Liason‘ zwischen sozialwissenschaftlichem Wissen und sozialer Praxis durch pragmatische Öffnung und Grenzerhaltung. *Soziale Welt* 52:199-218.
- Brzezinski, Zbigniew (1969): Purpose and Planning in Foreign Policy, in: *The Public Interest*: Winter 1969, 63-66.
- Büger, Christian (2005): The used key is always bright? Zu den Folgen der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in der Außenpolitik: Der Fall des "Demokratischen Friedens". In *Diskurse der Gewalt - Gewalt der Diskurse*, in M. Schultze, J. Meyer, D. Fricke and B. Krause (Hrsg.). Frankfurt et al.: Peter Lang.
- Büger, Christian/Gadinger, Frank (2005): Wissensproduktion und Grenzkonflikte. Zur Relevanz der Internationalen Beziehungen in der Außenpolitik der Wissensgesellschaft; Pa-

- pier vorbereitet für die Tagung "Zum Verhältnis Wissenschaft und Politik: Die neuen (Internationalen Beziehungen an der Schnittstelle eines alten Problems" der Sektion Internationale Politik der DVPW, Berlin, 17. – 19. März, 2005
- Bundesregierung 2004: Bundeshaushalt 2004.
- Eberlei, Walter/Weller, Christoph (2001): Deutsche Ministerien als Akteure von Global Governance: eine Bestandsaufnahme der Auswärtigen Beziehungen der Bundesministerien, INEF Report 51, Duisburg: INEF - Institut für Entwicklung und Frieden.
- Eberwein, Wolf-Dieter, and Karl Kaiser. 1998. Einleitung: Wissenschaft und außenpolitischer Entscheidungsprozess. In W.-D. Eberwein and K. Kaiser (Hrsg.). Deutschlands neue Außenpolitik. Band 4: Institutionen und Ressourcen, München.
- Eberwein, Wolf-Dieter/Hörsch, Barbara (1995): Beziehungsprobleme: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis, in: Forndran, Erhard/Lemke, Hans-Dieter (Hrsg.): Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt. Analysen und Optionen, Baden-Baden, 345-369.
- Enskat, Sebastian (2005): Die SWP: Politikberatung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Praxis. Papier vorbereitet für die Tagung "Zum Verhältnis Wissenschaft und Politik: Die neuen (Internationalen Beziehungen an der Schnittstelle eines alten Problems" der Sektion Internationale Politik der DVPW, Berlin, 17. – 19. März, 2005.
- Eriksson, Johan/Sundelius, Bengt (2005): Molding Minds That Form Policy: How To Make Research Useful. *International Studies Perspectives* 6 (1):51-72.
- Frei, Daniel (1980): Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Unterstützung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses, in: Altermatt, Urs/Garamvölgyi, Judit (Hrsg.): Innen- und Außenpolitik: Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Stuttgart, Bern, 443-458.
- George, Alexander L. (1993): *Bridging the Gap: Theory and Practice in Foreign Policy*. Washington, D.C.: US Institute of Peace Press.
- Gottweis, Herbert (2003): Post-positivistische Zugänge in der Policyforschung. In *Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse*, in M. L. Maier, A. Hurrelmann, F. Nullmeier, T. Pritzlaff und A. Wiesner (Hrsg.). Opladen: Leske+Budrich.
- Herzog, Roman (1996): Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Ansprache des Bundespräsidenten vor der Stiftung für Wissenschaft und Politik am 13.3.1996 in Ebenhausen, in: *Bulletin der Bundesregierung* 3.4.1996.
- Jentleson, Bruce W. (1990): Reflections on Praxis and Nexus. *PS: Political Science and Politics* 23 (3):434-436.
- Jentleson, Bruce W. (2002): The Need for Praxis. Bringing Policy Relevance Back In. *International Security* 26 (4):169-183.
- Jentleson, Bruce W./Bennett, Andrew (2003): Policy Planning. Oxymoron or Sine qua Non for U.S. Foreign Policy?, in: Renshon, Stanley A./Welch Larson, Deborah (Hrsg.): *Good Judgment in Foreign Policy. Theory and Application*, Lanham and Oxford, 219-246.
- Knorr Cetina, Karin (1999): *Epistemic Cultures. How the Sciences Make Knowledge*. Cambridge: Harvard University Press.
- Kreft, Heinrich (2001): Politik und Wissenschaft im Dialog - Politikberatung in der Außenpolitik. In Vortrag auf dem Symposium anlässlich des 65. Geburtstags von Prof.Dr. Manfred Mols.
- Kruzel, Joseph (1994): More a Chasm than a Gap. But do scholars want to bridge it?. *Mershon International Studies Review* 38:179-181.
- Lepgold, Joseph/Nincic, Miroslav (2001): *Beyond the Ivory Tower. International Relations Theory and the Issue of Policy Relevance*. New York: Columbia University Press.
- Lepgold, Joseph/Nincic, Miroslav (Hrsg.) (2000): *Being Useful. Policy Relevance and International Relations Theory*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

- Mols, Manfred (1998): Politikberatung im Außenpolitischen Entscheidungsprozess, in: Kaiser, Karl/Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik: Institutionen und Ressourcen, München, 253-264.
- Regelsberger, Elfriede (2002): Germany. In Foreign Ministries in the European Union, in B. Hocking and D. Spence (Hrsg.). Houndsmills: Palgrave Macmillan.
- Renshon, Stanley A./Larson, Deborah Welsh (Hrsg.) (2003): Good Judgment in Foreign Policy. Theory and Application. Lanham/Oxford: Rowman & Littlefield Publishing Group.
- Schmillen, Achim (2002): Politikberatung in der Außenpolitik, in: Kümmel, Gerhard (Hrsg.): Wissenschaft, Politik und Politikberatung. Erkundungen zu einem schwierigen Verhältnis, Strausberg, 101-113.
- Schwarz, Jürgen H. (2000): Wissenschaft und praktische Politik. In Politik & Verantwortung. Festgabe für Wolfgang Jäger zum 60. Geburtstag, edited by I. Villinger, G. Riescher and J. Rüländ. Freiburg: Rombach Druck und Verlagshaus.
- Viehöver, Willy (2001): 'Diskurse Als Narrationen', in Reiner Keller, Andreas Hirsland, Gerald Schneider and Willy Viehöver, eds., Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 113-44, Opladen: Leske+Budrich.
- Weingart, Peter (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Zelikow, Philip (1994): Foreign Policy Engineering. From Theory to Practice and Back Again. International Security 18 (4):143-171.